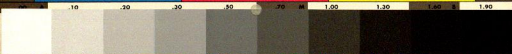




KODAK GRAY SCALE



black

3-color

white

cyan

violet

magenta

primary red

yellow

green



KODAK COLOR CONTROL PATCHES

These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.

VIII. B. 173

Das neue Handwerksgesetz.

Gemeinverständlich dargestellt

im Auftrage

des Herzogl. Braunschw.-Lüneb. Staatsministeriums

von

Reg.-Rath Dr. Stegemann.

II. 37. 170.



Braunschweig.

Druck und Verlag von Albert Limbach, G. m. b. H.

1898.

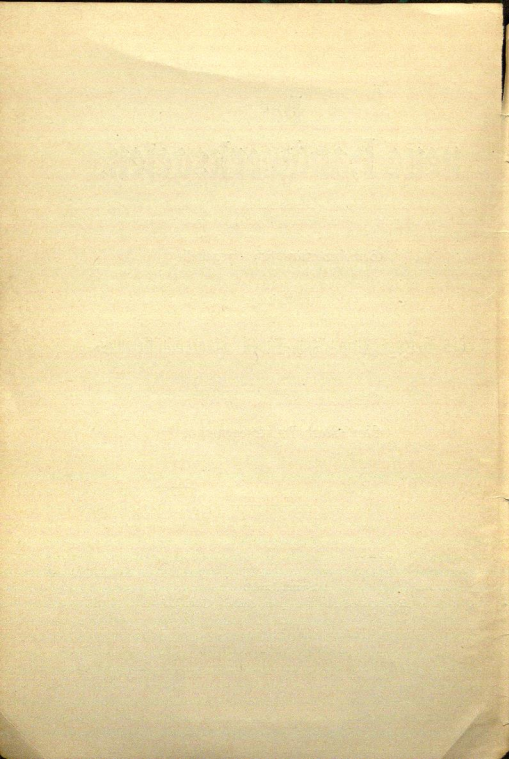
Gescheit

UB Braunschweig

84



10263-460-4

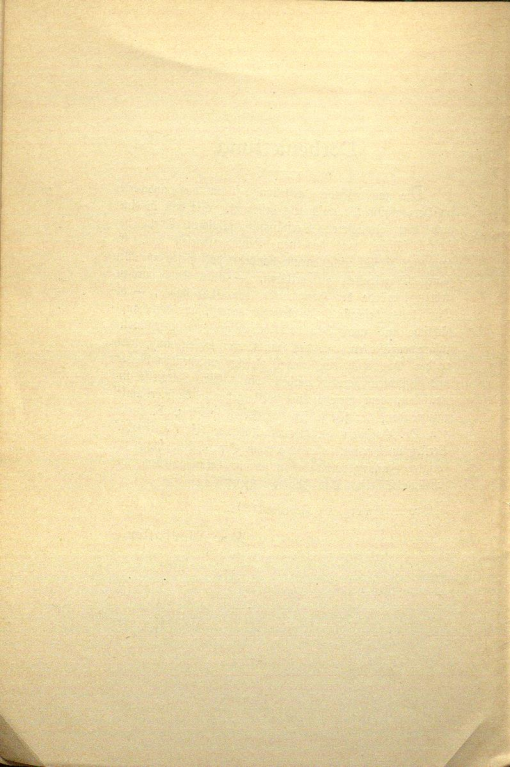


Vorbemerkung.

Die nachfolgende Darstellung ist für die Handwerker im Herzogthum Braunschweig bestimmt. Sie will in einer auch dem einfacheren Verständniß faßlichen Form vor Augen führen, was das neue Handwerksgeſetz will. Es kann ſich hierbei nicht darum handeln, das Geſetz in allen ſeinen Einzelheiten zu erklären, — alles das durchzu- arbeiten, würde der Handwerker keine Zeit haben, — die Darstellung beſchränkt ſich vielmehr darauf, nur das Haupt- ſächliche und zwar beſonders dasjenige gemeinverſtändlich zuſammenzuſtellen, was der Handwerker wiſſen muß, wenn er den ihm nach dem neuen Geſetze zuſtehenden Rechten und Pflichten gerecht werden will. Wer Intereſſe und Zeit hat, dem Geſetze eine weitergehende Aufmerkſamkeit zuzuwenden, der ſchaffe ſich das Geſetz ſelbſt, z. B. in der von Dr. Hoffmann erläuterten Ausgabe (Carl Heymann's Verlag in Berlin), oder die vom Central-Auſchuſſe ver- einigter Innungsverbände in Berlin herausgegebene aus- führliche Schrift „Das Handwerksgeſetz“ an.

Braunſchweig, im Februar 1898.

Der Verfaſſer.



I. Allgemeine Bemerkungen.

1. Was will das neue Handwerksgesetz?

Es will den Handwerkern:

- a) in der Handwerkskammer eine allgemeine einflußreiche Vertretung geben, wie solche Handel, Industrie und Landwirthschaft bereits seit längerer Zeit in den Handelskammern, Gewerbekammern und Landwirthschaftskammern besitzen;
- b) in den Zwangsinnungen die Möglichkeit geben, die den gemeinsamen Bestrebungen des Handwerks seither fern gebliebenen Handwerker zu zwingen, den Innungen beizutreten, vorausgesetzt, daß dies der Wille der Mehrheit der Handwerksgenossen eines Bezirkes ist;
- c) es will den Innungen dadurch, daß es ihnen weitgehende Rechte und neue Aufgaben zuweist, einen größeren Einfluß auf Alles, was das Handwerk und seine gesunde Fortentwicklung angeht, sichern;
- d) es will dafür sorgen, daß der Lehrlingszuchterei ein Ende gemacht wird, daß die Handwerkslehrlinge künftig wieder besser ausgebildet und in ihrer ganzen Lebensführung strenger beaufsichtigt werden;
- e) es will schließlich Sorge tragen, daß sich in Zukunft Keiner mehr Meister in seinem Handwerk nennen darf, der sein Handwerk nicht gründlich versteht und seine Befähigung ordnungsmäßig nachzuweisen vermag.

2. Wann tritt das neue Gesetz in Kraft?

Das ist noch nicht näher bestimmt, es kann sein, daß die betreffende Kaiserliche Verordnung schon im Frühjahr ergeht. Dann müssen sich sämtliche Innungen binnen Jahresfrist umwandeln, sonst geschieht die Umwandlung von Amtswegen, oder aber die betreffenden Innungen werden aufgelöst.

(Diejenigen Innungen, welche die Vorrechte der §§ 100^e oder 100f besitzen, und die den Wunsch haben, sich in Zwangsinnungen umzuwandeln, müssen ihre Umwandlung schon in den ersten sechs Monaten nach Erlass der Verordnung vornehmen, sonst wird ihnen die Umwandlung bedeutend erschwert.)

Die Handwerkskammern werden voraussichtlich nicht vor Frühjahr 1899 eingerichtet werden können.

Die Bestimmungen über die Lehrlingsverhältnisse und den Meistertitel sollen noch später in Kraft treten.

3. Wie ist die ganze Organisation gedacht?

Die Handwerker schließen sich zunächst in Innungen zusammen, und zwar, je nachdem es die Mehrheit will,

- a) in freiwillige Innungen oder
- b) in Zwangsinnungen.

Den Innungen bleibt es unbenommen, sich auch in Zukunft wieder ihrerseits zusammenzuschließen und zwar

- a) in fachliche Innungsverbände,
- b) in örtliche Innungsausschüsse.

Ueber den Innungen steht die Handwerkskammer, die im Herzogthum Braunschweig das ganze Land umfassen wird, und deren Mitglieder von sämtlichen Innungen des Landes und einigen Handwerkervereinen gewählt werden.

4. Ist das Gesetz nur für Handwerker bestimmt?

Im Allgemeinen ja, doch enthält es auch einige Bestimmungen, welche sich auch auf andere Gewerbetreibenden beziehen (z. B. bei der Errichtung freier Innungen und bei der Regelung des Lehrlingswesens).

5. Wer gilt nach dem Gesetz als Handwerker?

Das ist im Gesetz nicht besonders gesagt. Im Zweifel kommt es darauf an, wie groß der Betrieb und der Umsatz ist, ob Arbeitsmaschinen verwandt werden, ob nur auf Bestellung oder auf Vorrath gearbeitet wird, ob Lehrlinge oder aber jugendliche Arbeiter beschäftigt werden, ob der Inhaber selbst mitarbeitet oder das Geschäft nur kaufmännisch leitet, ob Beiträge zur Unfallversicherung gezahlt werden u. s. w.

II. Die neuen Innungen.

Wie unterscheiden sich die in dem neuen Handwerksgesetz vorgesehenen beiden Arten von Innungen, die freien und die Zwangsinnungen, von einander?

Der Hauptunterschied zwischen der freien Innung und der Zwangsinnung besteht darin, daß die freie Innung, wie schon ihr Name sagt, eine auf freiwilligem Beitritt der Mitglieder beruhende und daher auch freier gestaltete Einrichtung ist, während die Zwangsinnung von Staatswegen eingerichtet ist, sämtliche Handwerker ihres Bezirks umfaßt und in ihrem ganzen Aufbau fester organisiert ist.

A. Die freie Innung.

1. Wie unterscheiden sich die neuen freien Innungen von den bisherigen Innungen?

In der Hauptsache in folgenden Punkten:

- a) die Errichtung von Innungen ist künftig in mehrfacher Beziehung erleichtert;
- b) der Austritt aus der Innung ist erschwert;

- c) die Rechte der Wittwen und Waisen von Innungsmeistern, welche das Geschäft des Verstorbenen weiter fortsetzen, sind in anderer Weise geregelt;
- d) in der Regelung des Lehrlingswesens sind die Innungen künftig an die Vorschriften der Handwerkskammer zc. gebunden. Die Innungen haben künftig das Recht, die Heranbildung der Lehrlinge in den Handwerksbetrieben durch Beauftragte überwachen zu lassen;
- e) die Innungs-Schiedsgerichte dürfen künftig auch in Streitigkeiten zwischen Meistern und ungelernten Arbeitern angerufen werden; das Verfahren vor den Schiedsgerichten ist näher geregelt;
- f) die Errichtung eines Gesellenausschusses muß bei jeder Innung erfolgen, es ist zugleich näher bestimmt, wie dieser Gesellenausschuß zu bilden ist und welche Obliegenheiten er hat;
- g) um Innungen, die nicht lebensfähig sind, nicht weiter mit fortzuschleppen, ist bestimmt, daß solche Innungen, welche eine zu geringe Zahl von Mitgliedern haben, von Amtswegen geschlossen werden können;
- h) über die Wahl des Vorstandes, das Stimmrecht in der Innungsversammlung, das Wahlrecht, die Anlegung des Innungsvermögens, die Innungsämter zc. sind neue Bestimmungen getroffen worden.

2. Können die jetzigen Innungen ohne Weiteres in freie Innungen umgewandelt werden, und wie hat dies zu geschehen?

Die jetzt bestehenden Innungen können sich ohne Weiteres in freie Innungen umwandeln, wenn sie eine für ihre Lebensfähigkeit genügende Mitgliederzahl besitzen. Ist dies

nicht der Fall, so werden sie sich bemühen müssen, noch andere Gewerbsgenossen für die neue Innung zu gewinnen.

Ist die Zahl der Mitglieder ausreichend, so muß die Innung binnen Jahresfrist nach Inkrafttreten des Gesetzes ihr Statut umändern. Die Herzogliche Kreisdirektion wird ihr zu diesem Zwecke ein Normalstatut zustellen, das sie ihren Berathungen zu Grunde legen kann. Die von ihr beschlossenen Statuten sind der unteren Verwaltungsbehörde (in den Städten: der Stadtmagistrat) einzureichen, welche dieselben an die höhere Verwaltungsbehörde (Herzogliche Kreisdirektion) zur Genehmigung weiter giebt. Sobald die Statuten genehmigt sind, ist die Umwandlung als vollzogen anzusehen.

3. Was hat die umgewandelte freie Innung zunächst zu thun?

Sie hat zunächst auf Grund ihres neuen Statutes den neuen Vorstand zu wählen und durch eines ihrer Vorstandsglieder danach die Wahl des Gesellenausschusses zu veranlassen.

Im Weiteren hat Folgendes zu geschehen:

- a) wenn die Innung irgend welche Einrichtungen, wie Unterstützungskassen, Schiedsgerichte, gemeinsamen Einkauf oder Verkauf, Fachschulen und dergl. bereits besitzt oder einzurichten gedenkt, muß sie besondere Nebenstatuten für dieselben entwerfen bezw. die alten entsprechend umändern und der Herzoglichen Kreisdirektion ebenfalls zur Genehmigung einschicken;
- b) sie hat ihren Haushaltsplan für das erste Jahr aufzustellen;
- c) sie hat besondere Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens in ihrem Gewerbe aufzustellen. (Auch hierfür wird sie von der Herzoglichen Kreisdirektion einen Entwurf bekommen);
- d) sie hat eine geordnete Rassenführung einzurichten;

- e) sie hat, falls sie von der Handwerkskammer die Genehmigung erhält, die Gesellenprüfung abhalten zu dürfen, die Mitglieder des Prüfungsausschusses zu wählen;
 - f) sie hat event. die besonderen Ausschüsse und die zur Beaufsichtigung der Lehrlinge bestimmten „Beauftragten“ zu wählen;
 - g) sie hat die Gebühren für die Benutzung ihrer Einrichtungen festzusetzen
- u. f. w.

4. Wie wird für ein solches Gewerbe, das bisher noch keine Innung hatte, eine neue Innung gebildet?

Wenn eine Anzahl Handwerker den Wunsch haben, eine freie Innung zu bilden, so setzen sie einen Antrag an die Herzogliche Kreisdirektion auf, den sie sämtlich unterschreiben und durch den Stadtmagistrat bzw. den Gemeindevorsteher einreichen. Die Herzogliche Kreisdirektion bestimmt darüber, ob der Antrag zu genehmigen ist oder nicht. Wird dem Antrage Folge gegeben, so treten die Betheiligten zusammen und entwerfen ein Statut. Als Grundlage für ihre Berathungen erbitten sie sich von der genannten Behörde ein „Normalstatut für freie Innungen“.

Das von ihnen so beschlossene Statut reichen sie wiederum durch die untere Verwaltungsbehörde (den Magistrat) Herzoglicher Kreisdirektion zur Genehmigung ein.

Wird das Statut genehmigt, so beruft die untere Verwaltungsbehörde die Betheiligten zu einer Sitzung zusammen und läßt unter Vorsitz eines von ihr Beauftragten die Wahl des Vorstandes vornehmen. Ist der Vorstand gewählt, so übernimmt dieser alle weiteren Geschäfte der neuen Innung. Er läßt zunächst den Gesellenausschuß wählen und beruft dann eine Innungsversammlung, in welcher die unter Frage 3 aufgeführten Gegenstände zu berathen sind. (Es ist

hierbei wohl zu beachten, daß der Gesellenauschuß bei einigen Fragen mit zu berathen hat.)

5. Sind die Zünnungen nur für Handwerker bestimmt?

Rein, es können auch andere Gewerbetreibende, z. B. Kaufleute, zu einer freien Zünnung zusammentreten. (Die Zwangszünnung ist dagegen ausschließlich für die Handwerker bestimmt.)

6. Dürfen die freien Zünnungen nur für ein bestimmtes Gewerbe errichtet werden, oder sind auch „gemischte“ Zünnungen zugelassen?

Freie Zünnungen können auch für gemischte Gewerbe, z. B. für Maurer, Tischler, Schlosser zusammen eingerichtet werden, es kommt ganz darauf an, wie sich die Zünnung nennen will. Eine „Tischlerzünnung“ kann natürlich nicht Maurer aufnehmen, nennt sie sich aber „Maurer- und Tischlerzünnung“, so ist ihr dies unbenommen.

(Die Zwangszünnung darf dagegen nur für das gleiche oder verwandte Handwerk errichtet werden.)

7. Kann eine freie Zünnung sich über das ganze Herzogthum erstrecken?

Der Bezirk, für welchen eine freie Zünnung errichtet wird, soll in der Regel nicht über den Bezirk der Herzoglichen Kreisdirektion hinausgehen; Ausnahmen bedürfen der Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums.

(Für die Zwangsinnungen gelten andere Vorschriften.)

8. Wer kann Mitglied einer freien Innung werden?

1. Jeder, der im Bezirke der Innung das Gewerbe, für welches die Innung eingerichtet ist, selbständig, d. h. in eigenem Namen und auf eigene Rechnung, betreibt (also auch Fabrikanten);
2. Jeder, wer als Werkmeister und dergl. in einem dem Gewerbe angehörenden Großbetriebe thätig ist;
3. frühere Handwerker und Werkmeister, die ein Gewerbe nicht mehr ausüben;
4. Guts- und Fabrikhandwerker.

Anderere Personen können nur als Ehrenmitglieder aufgenommen werden.

9. Muß Jeder, der hiernach zum Eintritt in die Innung berechtigt ist, von der Innung aufgenommen werden, auch wenn er z. B. sein Gewerbe gar nicht ordnungsmäßig erlernt hat?

Im Innungsstatut kann ausdrücklich zur Bedingung gemacht werden, daß nur solche Handwerker Aufnahme finden, welche eine bestimmte Lehrlings- oder Gesellenzeit durchgemacht oder eine besondere Aufnahmeprüfung abgelegt haben. Sonst darf im Uebrigen Niemandem, der den gesetzlichen und statutarischen Anforderungen entspricht, der Eintritt in die Innung verwehrt werden, gleichviel ob er der Innung angenehm ist oder nicht.

10. Kann solchen Personen, welche nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte oder in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind, der Eintritt in die Innung aus diesen Gründen verwehrt werden?

Nein, wenn dies nicht ausdrücklich im Statut vorgesehen ist. Solche Personen sind aber nicht stimmberechtigt in den Innungsversammlungen. Auch kann statutarisch bestimmt werden, daß solche Personen von der Theilnahme an den Geschäften der Innung ausgeschlossen sind.

11. Können auch Frauen und Minderjährige in die Innung aufgenommen werden?

Ja, doch haben sie kein Stimmrecht; für die Wittve und die minderjährigen Erben eines verstorbenen Innungsmitgliedes kann aber im Statut die Bestimmung getroffen werden, daß, wenn sie das Gewerbe des Verstorbenen für ihre Rechnung fortsetzen, ihren Stellvertretern das Stimmrecht eingeräumt werden kann. Wittwen können durch Statut sogar ein eigenes Stimmrecht erhalten.

12. Können die Mitglieder jederzeit wieder aus der Innung austreten?

Nein, nur am Schlusse des Rechnungsjahres. Sie verlieren durch ihren Austritt übrigens alle Ansprüche auf das Innungsvermögen; auch auf die Unterstützungskassen u. s. w. haben sie keinen Anspruch mehr, es müßte denn sein, daß in den betreffenden Nebenstatuten ausdrücklich eine andere Bestimmung getroffen worden ist.

13. Wie wird künftig die freie Innung organisiert sein?

Alle Innungsmitglieder bilden zusammen die Innungsversammlung, die einen Vorstand aus ihrer Mitte wählt, und für bestimmte Aufgaben auch noch besondere Ausschüsse einsetzen kann.

Stimmberechtigt sind nur die volljährigen und natürlich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte u. s. w. befindlichen Mitglieder. Bei jeder Innung muß ein Gesellenausschuß gebildet werden.

14. Welche Aufgaben haben die freien Innungen zu erfüllen?

Das ist den Innungen im Allgemeinen überlassen. Sie können: Fachschulen errichten oder unterstützen, Gesellen- und Meisterprüfungen veranstalten, Unterstützungskassen aller Art einrichten, Schiedsgerichte einsetzen für Streitigkeiten zwischen Innungsmitgliedern und ihren Gehilfen und Arbeitern, gemeinsame Geschäftsbetriebe einrichten u. s. w.

Unter allen Umständen müssen sie aber folgende Aufgaben erfüllen, sonst kann die betreffende Innung geschlossen werden:

- a) sie müssen die Standesehre unter den Innungsmitgliedern wahren und den Gemeingeist pflegen;
- b) sie müssen ein gedeihliches Verhältniß zwischen Meistern und Gesellen fördern;
- c) sie müssen für das Herbergswesen und einen Arbeitsnachweis in ihrem Gewerbe sorgen;
- d) sie müssen das Lehrlingswesen in ihrem Gewerbe regeln und für eine tüchtige und moralische Ausbildung der Lehrlinge sorgen;
- e) sie müssen bei Streitigkeiten zwischen Innungsmitgliedern und ihren Lehrlingen entscheiden;
- f) außerdem haben sie darüber zu wachen, daß die Bestimmungen, welche für die Beschäftigung der

Gesellen, Lehrlinge und Arbeiter, über den Besuch der Fortbildungs- und Fachschule und die Regelung des Lehrlingswesens getroffen sind, auch gewissenhaft befolgt werden.

15. Kann die Innung in allen solchen Fragen ganz selbständig verfahren?

Rein, sie untersteht in ihrer ganzen Wirksamkeit ebenso wie die Zwangsinnung der Aufsichtsbehörde (in den Städten ist dies der Stadtmagistrat), welche darüber zu wachen hat, daß die Innung nicht gegen Gesetz und Statut verfährt. Die Aufsichtsbehörde kann die Innung, welche ihre Pflichten vernachlässigt, in Strafe nehmen, und wenn sie trotz wiederholter Aufforderung ihren Pflichten nicht nachkommt, bei der Herzoglichen Kreisdirektion ihre Schließung beantragen. Die Aufsichtsbehörde entscheidet auch in allen Streitigkeiten, welche in der Innung ausbrechen; zu den Prüfungen kann sie einen besonderen Vertreter entsenden u. s. w.

16. Muß der Innungsvorstand alle die der Innung zur Pflicht gemachten Aufgaben und Arbeiten selbst erledigen?

Rein, die Innung kann für die verschiedenen Aufgaben auch besondere Ausschüsse einsetzen, z. B. einen Ausschuß für das Gesellen- und Herbergswesen, einen Ausschuß für das Lehrlingswesen und dergl. Für die Gesellenprüfungen und das Schiedsgericht müssen schon nach dem Gesetz besondere Ausschüsse gebildet werden.

17. Können Innungsmitglieder die Uebernahme solcher Ämter ablehnen?

Rein, es müßten denn ganz besondere Gründe vorliegen. Das Gesetz sagt hierüber: „Die Annahme der Wahl kann

nur aus Gründen verweigert werden, aus denen die Wahl zum Beisitzer eines Gewerbegerichts abgelehnt werden kann". Wer sich trotzdem weigert, kann durch die Behörde zur Uebernahme seines Amtes gezwungen werden.

18. Wie können die Innungen, die doch in erster Linie die Fürsorge für eine tüchtige Ausbildung der Lehrlinge übernehmen sollen, diese Aufgabe praktisch durchführen?

Zunächst dadurch, daß sie eben allgemeine Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens erlassen. Sie haben außerdem aber noch das Recht, durch besondere Beauftragte „die Befolgung der gesetzlichen und statutarischen Vorschriften in den zur Innung gehörigen Betrieben zu überwachen und von der Einrichtung der Betriebsräume und der für die Unterkunft der Lehrlinge bestimmten Räume Kenntniß zu nehmen". Solche Beauftragte, welche Beamte der Innung sind, erhalten eine Legitimation und sind dann berechtigt, während der Betriebszeit die betreffenden Werkstätten und Unterkunftsräume zu betreten. Auch muß ihnen die erforderliche Auskunft erteilt werden. (Landwirthschaftliche und Fabrikbetriebe sind hiervon aber ausgeschlossen.)

19. Es kann doch vorkommen, daß eine solche Besichtigung durch den Beauftragten der Innung für den Betriebsinhaber geradezu nachtheilig für seine Geschäftsinteressen sein kann, z. B. wenn der Beauftragte ein Konkurrent von ihm ist?

In solchem Falle kann der betreffende Betriebsinhaber bei dem Innungsvorstande beantragen, daß ein Anderer auf seine, des Antragstellers Kosten, die erforderliche Besichtigung

vornimmt. Er schlägt dann einige ihm geeignet erscheinende Persönlichkeiten vor, und der Innungsvorstand sucht unter diesen eine ihm zusagende Person aus. Kommt eine Verständigung darüber nicht zu Stande, so wird die Aufsichtsbehörde entscheiden.

20. Werden kleinere Innungen eigene Beauftragte anstellen können?

Das ist an sich wohl möglich; der Beauftragte kann ja ein Innungsmeister selbst oder ein Geselle sein, der für seine gelegentliche Kontrolle nur eine kleine Entschädigung zu erhalten braucht. Es können aber auch mehrere Innungen zusammen einen Beauftragten anstellen.

21. Hat der Innungsvorstand irgend welche Machtmittel gegenüber solchen Mitgliedern, welche gegen die von der Innung erlassenen Vorschriften verstoßen?

Der Vorstand ist berechtigt, solche Mitglieder in Ordnungsstrafen bis zu 20 Mk. zu nehmen. Diese Strafen werden wie Gemeindeabgaben beigetrieben und fließen in die Innungskasse.

22. Wie wird das Innungs-Schiedsgericht gebildet?

Aus einem Vorsitzenden und mindestens zwei Beisitzern. Der Vorsitzende wird von der Aufsichtsbehörde bestimmt; er braucht der Innung nicht anzugehören. Die Beisitzer sind zur Hälfte von der Innung, zur anderen Hälfte von den bei denselben beschäftigten Gesellen und Arbeitern zu wählen.

Für die Beisitzer müssen außerdem noch Stellvertreter gewählt werden. Lehnen die Gehilfen und Arbeiter die

Wahl ihrer Beisitzer ab oder verweigern die Letzteren die Dienstleistung, so ernennt die Aufsichtsbehörde selbst die fehlenden Beisitzer.

23. Was für Streitsachen können vor das Innungs-Schiedsgericht gebracht werden, und wie ist das ganze Verfahren?

Das Innungs-Schiedsgericht entscheidet über Streitigkeiten zwischen Meistern und Gesellen. Auch Streitsachen, welche Meister mit ihren Arbeitern haben, gehören neuerdings vor das Schiedsgericht. (Dagegen gehören Lehrlingsstreitigkeiten vor die Innung als solche.)

Das Verfahren ist das folgende: Ist z. B. ein Gehilfe oder ein Arbeiter wegen einer Lohnfrage, wegen vorzeitiger Entlassung oder aus ähnlichen Anlässen mit seinem Meister in Streit gekommen, so richtet er unter Angabe des Sachverhaltes eine Klage an das Innungs-Schiedsgericht, das daraufhin innerhalb acht Tagen einen Termin anzusetzen hat. Die Entscheidung des Innungs-Schiedsgerichts erfolgt ebenso wie diejenige der Innung bei Lehrlingsstreitigkeiten schriftlich. Will sich der durch Urtheil des Innungs-Schiedsgerichts oder der Innung Verurtheilte mit demselben nicht begnügen, so muß er innerhalb eines Monats Klage bei dem ordentlichen Gericht erheben. Inzwischen kann aber in bestimmten im Gesetz vorgesehenen Fällen das Urtheil durch die Polizeibehörde vorläufig vollstreckt werden.

24. Können die freien Innungen künftig auch Krankenkassen mit Beitrittszwang einrichten?

Ja, in dieser Beziehung bleibt es wie bisher. Errichtet also eine Innung eine Innungs-Krankenkasse, so muß jeder bei einem Innungsmitgliede beschäftigte und versicherungs-

pflichtige Geselle, Lehrling und Arbeiter der Innungs-Krankenkasse beitreten, die im Wesentlichen ebenso wie die Orts-Krankenkassen einzurichten sind.

25. Wie bestreitet die freie Innung ihre Kosten?

Soweit sie nicht anderweitige Einnahmen hat (eigenes Vermögen, Eintrittsgelder, Prüfungsgebühren, Ordnungsstrafen), erhebt sie wie bisher von den Mitgliedern Beiträge, deren Höhe sie nach Belieben festsetzen kann. Bleibt ein Mitglied im Rückstande, so kann der Beitrag vom Innungsvorstande zwangsweise eingezogen werden.

Ihr etwaiges Vermögen muß die Innung übrigens nach Vorschrift anlegen. Zur Veräußerung von Gegenständen, welche einen geschichtlichen, wissenschaftlichen oder künstlerischen Werth haben, bedarf es der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

26. Wie wird der Gesellenausschuß gebildet und welche Obliegenheiten hat derselbe?

Der Gesellenausschuß wird von den bei den Innungsmitgliedern beschäftigten Gesellen und Gehilfen gewählt. Wahlberechtigt sind aber nur solche Gesellen, die volljährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Die Wahl erfolgt unter Leitung eines Mitgliedes des Innungsvorstandes. (Das Nähere wird durch das Innungsstatut bestimmt.)

Der Gesellenausschuß muß nach dem Gesetz bei der Verathung bestimmter Fragen mit herangezogen werden, nämlich:

- a) bei der Regelung des Lehrlingswesens und bei Verhandlungen über die Errichtung von Herbergen, Arbeitsnachweisen, Innungs-Schiedsgerichten, Innungskrankenkassen und sonstigen für die Gesellen bestimmten Unterstützungskassen;

- b) der Gesellenauschuß hat ferner die dem Gesellenstande angehörenden Beisitzer bei den Gesellenprüfungen zu wählen;
- c) er hat schließlich auch bei der Verwaltung aller für die Gesellen bestimmten Unterstützungskassen und auch bei solchen Einrichtungen mitzuwirken, für welche die Gesellen Beiträge zu leisten oder eine besondere Mühewaltung zu übernehmen haben (wie etwa bei Arbeitsnachweisen, Fachschulen und dergl.).

**27. Wie ist die Mitwirkung des Gesellen-
auschusses bei solchen Fragen gedacht?**

Das Gesetz bestimmt, daß, wenn derartige die Interessen der Arbeitnehmer berührende Fragen im Vorstande der Innung berathen werden, mindestens ein Mitglied des Gesellenauschusses mit vollem Stimmrechte zuzulassen ist;

wird eine solche Frage in der Innungsversammlung berathen, so müssen sämtliche Mitglieder des Gesellenauschusses mit vollem Stimmrecht zugelassen werden;

ist der Gesellenauschuß nach dem Gesetz mit bei der Verwaltung einer Innungseinrichtung zu betheiligen, so hat derselbe, abgesehen von der Person des Vorsitzenden, ebenso viele Gesellen zu wählen, wie von der Innung Innungsglieder gewählt worden sind.

**28. Wenn nun die Gesellen es ablehnen,
einen Gesellenauschuß zu wählen?**

Dann faßt die Innung ihre Beschlüsse und verwaltet ihre Einrichtungen ohne die Gesellen. Nur in einem Falle, nämlich bei Abnahme der Gesellenprüfung, würde eine Weigerung der Gesellen für die freie Innung störend sein, da dann die Handwerkskammer an Stelle der Innung den Prüfungsausschuß einsetzen müßte.

29. Wird der Gesellenauschuß von irgend welchem Einfluß sein, da er bei der Abstimmung doch immer in der Minderheit ist?

Das Gesetz will allerdings die Innungen nicht in Abhängigkeit von den Gesellen bringen, diese sollen nur Gelegenheit haben, in den sie berührenden Fragen auch ihre eigene Meinung sagen zu können. Uebrigens hat das Gesetz bestimmt, daß in solchen Fragen, welche die Regelung des Lehrlingswesens und der Gesellenprüfung, sowie Einrichtungen betreffen, welche die Gesellen besonders angehen, die Innung keine Beschlüsse ohne Zustimmung des Gesellenauschusses fassen darf. Können sich die Innungen und der Gesellenauschuß in solchen Fragen nicht einigen, so entscheidet die Aufsichtsbehörde.

30. Wird für die Verwaltung der Innungsämter ein Entgelt gezahlt?

Nein, die Mitglieder der Innungsvorstände, Prüfungsausschüsse, Gesellenauschüsse und Innungs-Schiedsgerichte verwalten ihr Amt als Ehrenamt unentgeltlich, doch kann ihnen nach näherer Bestimmung des Statuts Ersatz baarer Auslagen und eine Entschädigung für Zeitversäumnis gezahlt werden.

31. Unter welchen Voraussetzungen kann sich eine Innung selbst auflösen und wie geschieht die Auflösung?

Geht die Mitgliederzahl einer Innung so weit zurück, daß die Innung ihre Pflichten nicht mehr voll erfüllen und ihre Aemter nicht mehr ausreichend besetzen kann, so

muß sie sich auflösen, widrigenfalls sie von der Herzoglichen Kreisdirektion amtlich geschlossen wird. Das Vermögen der Innung wird, nachdem alle Verpflichtungen der Innung daraus beglichen sind, der Gemeinde überwiesen. Dieselbe hat die Verpflichtung, das Geld irgendwie für gewerbliche Zwecke zu verwenden. An die ausscheidenden Mitglieder können nur die von ihnen gezahlten Beiträge zurückgezahlt werden und zwar auch nur so weit, als das Innungsvermögen aus Mitgliederbeiträgen entstanden ist. Auf etwaiges Stiftungsvermögen und dergl. haben die ausscheidenden Mitglieder also auch in solchem Falle keinen Anspruch.

(Daß die freie Innung unter Umständen, nämlich wenn sie sich fortgesetzt ihren gesetzlichen oder statutarischen Verpflichtungen entzieht, auch von Amtswegen geschlossen werden kann, ist schon oben gesagt worden.)

B. Die Zwangsinnung.

1. Wie unterscheidet sich die Zwangsinnung in ihrer ganzen Art von der freien Innung?

Der Unterschied liegt zumeist nur in der verschiedenen Organisation, die bei der Zwangsinnung natürlich eine andere sein muß als bei der freien Innung.

Der Wirkungskreis ist bei beiden ziemlich der gleiche. Alles, was im vorigen Abschnitte über die Aufgaben der freien Innung gesagt ist, gilt auch fast ausnahmslos für die Zwangsinnung.

Beschränkt ist der Wirkungskreis der Zwangsinnung nur in folgenden Punkten:

- a) die Zwangsinnung darf ihre Mitglieder wohl zum Beitritt zur Gesellen- und Lehrlingskrankenkasse, aber nicht zum Beitritt zu anderen Unterstützungskassen zwingen;

- b) die Zwangsinning darf keine gemeinsamen Geschäftsbetriebe (Verkaufshallen, Darlehnskassen und dergl.) selber errichten ;
- c) die Zwangsinning darf ihre Mitglieder in der Festsetzung der Preise oder in der Annahme von Kunden nicht beschränken.

2. Wie wird eine Zwangsinning gebildet?

Es muß hierbei unterschieden werden, wer den Antrag zur Errichtung einer Zwangsinning stellt, d. h. ob der Antrag:

- a) von einer privilegierten Innung, oder aber
- b) von einer nicht privilegierten Innung bezw. von einer Anzahl Handwerker direkt ausgeht.

a.

Den mit Vorrechten aus § 100e oder aus § 100f der Gewerbeordnung ausgestatteten Innungen ist in dem neuen Gesetze das Recht eingeräumt worden, daß sie, wenn Herzogliche Kreisdirektion es genehmigt, ohne Weiteres, d. h. ohne daß dafür die Zustimmung der Mehrheit der betheiligten Handwerker nöthig ist, in Zwangsinnungen umgewandelt werden können. Es muß dann aber ein diesbezüglicher Antrag innerhalb sechs Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes gestellt werden.

Will sich eine solche Innung in eine Zwangsinning umwandeln, so reicht sie einen entsprechenden Antrag bei der Herzoglichen Kreisdirektion ein. (Will sie, daß der Beitrittszwang nur für solche Handwerker ausgesprochen werden soll, welche der Regel nach Gesellen oder Lehrlinge halten, so muß dies in dem Antrage ausdrücklich gesagt sein.)

Herzogliche Kreisdirektion macht, wenn sie den Antrag genehmigt, öffentlich bekannt, daß die Zwangsinning er-

richtet werden soll, indem sie gleichzeitig bestimmt, wann die Innung in Wirksamkeit treten, welchen Namen sie führen, welchen Bezirk sie umfassen und welche Gewerbe sie einbeziehen soll.

Alle Diejenigen, welche beitrittspflichtig sind (d. h. Alle, welche das Handwerk, wofür die Zwangsinnung errichtet werden soll, im Bezirke der Innung selbständig betreiben; Hausirhandwerker sind aber ausgeschlossen), werden darauf von der Aufsichtsbehörde zu einer Versammlung berufen, in welcher unter Vorsitz eines Beauftragten der Behörde das Statut der künftigen Zwangsinnung berathen wird. Bald danach werden von der Aufsichtsbehörde alle bei den beitragspflichtigen Mitgliedern der Zwangsinnung beschäftigten volljährigen Gesellen und Gehilfen, welche sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden, ebenfalls zu einer Versammlung berufen. Dieser Versammlung sind die auf die Mitwirkung der Gesellen bezüglichen Bestimmungen des Statuts zur gutachtlichen Aeußerung vorzulegen.

Der in dieser Weise vorbereitete Entwurf der Statuten ist hiernach der Herzoglichen Kreisdirektion einzureichen.

Wird das Statut genehmigt, so beruft die Aufsichtsbehörde die Innungsmitglieder und die wahlberechtigten Gesellen und Gehilfen noch einmal zu zwei von einander getrennten Versammlungen zusammen und läßt von den Innungsmitgliedern den Innungsvorstand, von den Gesellen und Gehilfen den „Gesellenausschuß“ wählen. Damit ist dann die Zwangsinnung konstituirt und alles Weitere bleibt nunmehr der Innung selbst überlassen.

b.

Anders ist das Verfahren, wenn eine nicht privilegierte Innung oder aber einige Handwerker als solche einen Antrag auf Errichtung einer Zwangsinnung einbringen.

In solchem Falle prüft Herzogliche Kreisdirektion zunächst, ob die beantragte Innung nach der Zahl ihrer Mitglieder überhaupt lebensfähig sein wird. Trägt sie in dieser Hinsicht keine Bedenken, so fordert sie durch amtliche

Bekanntmachung und durch besonderes Anschreiben alle dem betreffenden Handwerke angehörenden Betriebsinhaber auf, sich zu erklären, ob sie für oder gegen eine Zwangsinnung sind.

Spricht sich die Mehrheit gegen die Zwangsinnung aus, so ist damit der Antrag als abgelehnt anzusehen, spricht sich die Mehrheit für die Zwangsinnung aus, so erläßt die Herzogliche Kreisdirektion eine Bekanntmachung, in welcher die Errichtung der Zwangsinnung verfügt wird, und alles Weitere vollzieht sich genau so, wie dies oben bei den privilegierten Innungen ausgeführt worden ist.

3. Was geschieht mit dem Vermögen einer Innung, die in eine Zwangsinnung umgewandelt wird?

Wird in Folge der Errichtung einer Zwangsinnung eine Innung geschlossen, so geht das Vermögen der letzteren auf die Zwangsinnung über.

(Umfaßt die alte Innung auch noch andere Gewerbe, als für die neue Zwangsinnung vorgesehen sind, so kann sie bestehen bleiben; in diesem Falle wird das Vermögen unter den beiden Innungen, der alten und der neuen, getheilt, und zwar nach dem Verhältniß der ausscheidenden zu der Zahl der in der Innung verbleibenden Mitglieder.)

4. Was geschieht mit der Krankenkasse der in eine Zwangsinnung umgewandelten Innung?

Wird die bisherige Innung geschlossen, so geht die für das Personal (Gesellen, Lehrlinge, Arbeiter) gebildete Krankenkasse mit ihren Rechten und Verbindlichkeiten auf die Zwangsinnung über. Das Statut der Kasse muß dann natürlich so bald wie möglich entsprechend umgeändert werden.

(Nur unter besonderen, im Gesetze des Näheren bestimmten Voraussetzungen kann die Kasse von der Herzoglichen Kreisdirektion auch geschlossen werden.)

Wird dagegen die alte Innung nicht geschlossen, weil sie noch andere Gewerbszweige umfaßt als die Zwangsinnung, und scheidet daher nur ein Theil der bisherigen Mitglieder aus der alten Innung aus, so findet eine entsprechende Vermögens-Auseinanderetzung zwischen den theiligten Rassen statt.

5. Was wird aus den sonstigen Unterstützungskassen einer derartig geschlossenen Innung, z. B. den Meisterkrankenkassen, den Sterbekassen, Wittwen- und Waisenkassen und dergl.?

Die Unterstützungskassen können:

- a) wenn die bisherigen Vertretungen derselben damit einverstanden sind, von der Zwangsinnung mit allen Rechten und Verbindlichkeiten übernommen werden, oder
- b) sie bleiben, wenn das Herzogliche Staatsministerium seine Genehmigung dazu erteilt, als selbständige Einrichtungen mit eigenen Korporationsrechten bestehen, oder schließlich
- c) sie werden aufgelöst; in diesem Falle werden zunächst alle Verbindlichkeiten der Kasse bezahlt, alsdann können den Mitgliedern ihre Beiträge zurückbezahlt werden, und der Rest fällt der Gemeinde zu.

6. Was wird aus den von der bisherigen Innung eingerichteten gemeinsamen Geschäftsbetrieben, wie Vorschufkassen, Ein- und Verkaufsgeschäften und dergl.?

Eine Zwangsinnung darf keine gemeinsamen Geschäftsbetriebe einrichten (sie kann nur zur Errichtung solcher Einrichtungen anregen und dieselben fördern), sie kann daher

derartige von der bisherigen Innung eingerichtete Geschäftsunternehmungen auch nicht selbst übernehmen, nur wenn die Erhaltung derselben im öffentlichen Interesse ist, wie z. B. bei einem Innungs-Schlachthause, kann sie durch die Herzogliche Kreisdirektion zur Uebnahme ermächtigt werden.

In allen übrigen Fällen muß das betr. Geschäftsunternehmen entweder in eine Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaft umgewandelt oder aber aufgelöst werden.

7. Muß eine Zwangsinning immer nur für ein bestimmtes Handwerk errichtet werden?

Nein, die Innung kann auch für verwandte Gewerbe, z. B. für Schlosser und Schmiede, für Zimmerer und Tischler, oder für Barbieri und Friseure und ähnliche eingerichtet werden. Eine aus ganz verschiedenen Handwerken gemischte Zwangsinning ist aber nicht zulässig.

8. Wenn nun an einem Orte für dasselbe Handwerk, für welches eine Zwangsinning errichtet werden soll, bereits eine Innung besteht, können dann beide nebeneinander arbeiten?

Nein, wenn für ein Handwerk eine Zwangsinning errichtet wird, ist die bereits bestehende Innung zu schließen, es müßte denn sein, daß sie noch andere Gewerbezweige umfaßt als die Zwangsinning.

9. Wer muß der Zwangsinning beitreten?

Jeder, wer das Gewerbe, wofür die Innung errichtet ist, als stehendes Gewerbe, selbständig und handwerksmäßig betreibt, muß der Zwangsinning beitreten.

Bemerkungen.

1. Ist im Statut einer Zwangsinnung der Beitrittszwang ausdrücklich nur auf solche Handwerker beschränkt worden, welche der Regel nach Gesellen oder Lehrlinge halten, so brauchen Handwerker, welche der Regel nach kein Personal beschäftigen, der Zwangsinnung natürlich nicht beizutreten.
2. Gewerbetreibende, welche mehrere Gewerbe betreiben (z. B. Möbeltischlerei und Tapeziererei), gehören derjenigen Zwangsinnung an, welche für das hauptsächlich von ihnen betriebene Handwerk errichtet ist.

10. Müssen auch Handwerker, welche auf Gütern oder in Fabriken thätig sind und dabei Gesellen oder Lehrlinge halten, der Zwangsinnung beitreten?

Das hängt davon ab, was im Statut der betreffenden Zwangsinnung bestimmt ist. Außer solchen Personen können auch Hausgewerbetreibende statutarisch zum Beitritt verpflichtet werden.

11. Sind Fabrikanten vom Beitritt zur Zwangsinnung gänzlich ausgeschlossen?

Sie können, wenn die Innungsversammlung ihre Genehmigung erteilt, der Innung beitreten, aber nur für ihre Person, d. h. die von ihnen beschäftigten Personen werden dadurch nicht etwa berechtigt, den Gesellenauschuß mit zu wählen u. s. w.

12. Wer kann der Zwangsinnung sonst noch beitreten?

Für ihre Person beitriffsberechtigt sind, ohne daß es dazu der Zustimmung der Innung bedarf:

- a) frühere Handwerker, Fabrikanten und Werkmeister;
- b) Werkmeister und dergl. in Großbetrieben;
- c) Guts- und Fabrikhandwerker, welche der Regel nach weder Gefellen noch Lehrlinge halten.

Bemerkungen.

- 1. Bei Zwangsinnungen, welche statutarisch nur für personalbeschäftigende Handwerker bestimmt sind, können Handwerker, welche der Regel nach kein Personal beschäftigen, für ihre Person der Zwangsinnung ebenfalls beitreten;
- 2. entstehen Streitigkeiten darüber, ob Jemand der Zwangsinnung beizutreten berechtigt oder verpflichtet ist, so entscheidet die Aufsichtsbehörde, gegen diese Entscheidung kann binnen zwei Wochen Beschwerde bei Herzoglicher Kreisdirection erhoben werden.

13. Sind für die Zwangsinnung sonst noch besondere Bestimmungen getroffen?

Das Gesetz hat für die Zwangsinnung noch folgende von den Bestimmungen über die freien Innungen abweichende Vorschriften erlassen:

- a) die Zwangsinnung muß ihren Haushaltsplan und ihre Jahresabrechnung alljährlich der Aufsichtsbehörde einreichen (bei Aufwendungen, welche im Haushaltsplane nicht vorgesehen sind, hat sie ebenfalls der Aufsichtsbehörde vorher zu berichten).
- b) Wenn bei der Berathung des Haushaltsplans oder bei außeretatsmäßigen Aufwendungen $\frac{1}{4}$ der Innungsglieder widerspricht, muß die Entscheidung der Aufsichtsbehörde eingeholt werden.
- c) Die von ihr zu erlassenden Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens bedürfen der Genehmigung der Herzoglichen Kreisdirection.

- d) Von den Mitgliedern ihres Vorstandes und ihrer Ausschüsse müssen mindestens $\frac{2}{3}$ das Recht zur Anleitung von Lehrlingen besitzen und der Regel nach Gesellen oder Lehrlinge beschäftigen.

Die Mitglieder des Lehrlingsausschusses müssen diesen Anforderungen sogar sämtlich genügen.

- e) Auch für die dem Gesellenausschusse angehörenden Mitglieder sind besondere Bestimmungen getroffen.

14. Wie bringt die Zwangsinnung ihre Kosten auf?

Für den Anfang, ehe sie ihre Beiträge eingezogen hat, bekommt sie auf Antrag vom Staat einen Vorschuß. Ihre laufenden Ausgaben deckt sie in der Weise, daß sie die entstehenden Kosten auf alle beitragspflichtigen Betriebe umlegt, und zwar zahlt Jeder nach dem Umfange seines Betriebes. Als Maßstab gilt die für das betreffende Handwerk zu entrichtende Gewerbesteuer.

(Eintrittsgelder darf die Zwangsinnung nicht erheben, Gebühren für die Benutzung ihrer Einrichtungen nur mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde.)

15. Kann eine Zwangsinnung wieder aufgelöst werden oder sich selbst auflösen?

Die Zwangsinnung kann sich nicht selbst auflösen, sondern nur einen Antrag auf Auflösung bei der Herzöglichen Kreisdirektion stellen. Ein solcher Antrag wird von der Behörde aber nur angenommen, wenn er von mindestens $\frac{1}{4}$ der ordentlichen Innungsmitglieder gestellt und in einer vier Wochen vorher ordnungsmäßig anzuzeigenden Innungsversammlung die Zustimmung von $\frac{3}{4}$ der beitragspflichtigen Innungsmitglieder gefunden hat.

C. Welche Vorzüge hat die freie Innung vor der Zwangsinnung und umgekehrt?

a) Vorzüge der freien Innung.

1. Während die Zwangsinnung nur für Handwerker und zwar immer nur für solche, welche das gleiche oder verwandte Handwerk betreiben, eingerichtet werden darf, ist die freie Innung auch für andere Gewerbetreibende bestimmt; auch kann sie, als sogenannte gemischte Innung, die verschiedensten Gewerbe zugleich umfassen.

2. Die freie Innung kann ihre Mitglieder zum Beitritt zu den Unterstützungskassen verpflichten, sie kann auch gemeinsame Geschäftsbetriebe einrichten, einheitliche Preise für die Waaren oder Leistungen ihrer Mitglieder festsetzen und dergl., was Alles die Zwangsinnung, wenn man von der Krankenkasse absieht, nicht darf.

3. Die Aufsicht, welche der Staat über die freie Innung ausübt, geht nicht so weit, wie bei der Zwangsinnung. Die freie Innung braucht z. B. nicht ihren jährlichen Etat und ihre Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens genehmigen zu lassen, sie braucht nicht ihre Jahresrechnung einzureichen u. s. w.

4. Die freie Innung kann Eintrittsgelder erheben und ihre Mitgliederbeiträge nach Belieben festsetzen.

5. Während bei der Zwangsinnung die Mitglieder des Vorstandes und der Ausschüsse mindestens zu $\frac{2}{3}$ das Recht zur Anleitung von Lehrlingen besitzen müssen, kann die freie Innung ihre Vorstands- und Ausschußmitglieder nach Belieben wählen.

6. Die freie Innung kann statutarisch festsetzen, daß die Aufnahme von Mitgliedern von der Ablegung einer Prüfung oder der Zurücklegung einer Lehrlings- oder Gesellenzeit abhängig gemacht wird.

7. Die freie Innung kann sich im Allgemeinen über den ganzen Bezirk einer Kreisdirection erstrecken, die Zwangsinnung darf ihren Bezirk nur so weit nehmen, daß ihre Mitglieder ohne größeren Zeit- und Geldaufwand an dem Innungsleben regelmäßig Theil nehmen können.

b) Vorzüge der Zwangsinnung.

1. Da der Zwangsinnung sämtliche Angehörige des Handwerks, für welches die Zwangsinnung errichtet ist, beitreten müssen, hat sie eine entsprechend größere Bedeutung und einen entsprechend stärkeren Einfluß, als wenn sie nur einen Theil der Handwerker umfassen würde. Sie zwingt außerdem diejenigen, welche bisher für die Innungen so wenig Interesse gezeigt haben, sich künftig an den Pflichten und Lasten der Innung zu betheiligen.

2. Die Zwangsinnung kann, eben weil sie alle Handwerksgenossen ihres Bezirkes umfaßt, diese auch sämtlich zu den Kosten heranziehen und dadurch die aus der Innungsthätigkeit entstehenden Lasten auf eine größere Anzahl von Schultern vertheilen.

Die Zwangsinnung ist in ihren Einnahmen insoweit unbeschränkt, als sie jederzeit das, was sie zur Deckung ihrer Ausgaben braucht, durch Umlage einbringen kann. Ihre Wirksamkeit wird dadurch erheblich erleichtert und gefördert, sie braucht sich, wenn ihre Ausgaben von der Aufsichtsbehörde als nothwendig anerkannt werden, nicht zu sorgen, woher sie das nöthige Geld nehmen soll.

3. Die Zwangsinnung kann mit ganz anderem Nachdruck arbeiten, als wie die freie Innung, die immer besorgen muß, daß, wenn sie gegen säumige oder widerstrebende Mitglieder einmal etwas strenger vorgehen will, diese Mitglieder aus der Innung einfach austreten; hat doch die freie Innung künftig bei Weitem nicht mehr die Anziehungskraft wie früher, wo den Innungsmeistern besondere Vorrechte vor den Nicht-Innungsmeistern zugesprochen werden konnten, wie z. B. das Vorrecht, daß nur sie Lehrlinge ausbilden durften u. s. w.

4. Die Zwangsinnung kann durch ihre „Beauftragten“ jeden Betrieb daraufhin kontroliren lassen, ob auch die von ihr erlassenen Lehrlingsvorschriften befolgt werden, während die freie Innung über die außerhalb der Innungen stehenden Betriebe gar keine Aufsichtsberechtigung hat. Sie muß es ruhig mit ansehen, daß die Nichtinnungs-Hand-

werker ganz nach Belieben verfahren, während sie ihre eigenen Mitglieder womöglich zur Rechenschaft ziehen muß.

5. Die Zwangsinnungen werden durchschnittlich bedeutend stärker an Mitgliederzahl sein als die freien Innungen, sie werden aus diesem Grunde ihre Wirksamkeit stärker und breiter entfalten können, als dies den meisten freien Innungen möglich sein wird.

Da die Zwangsinnung nicht, wie die freie Innung, verpflichtet ist, wider ihren Willen Fabrikanten aufzunehmen, wird sie ihren handwerksmäßigen Charakter reiner erhalten können.

6. Die Zwangsinnung hat als solche das Recht, die Gesellenprüfungen abzunehmen, wogegen den freien Innungen dieses Recht erst seitens der Handwerkskammer verliehen wird. Erhält die freie Innung dieses Recht nicht, so haben ihre Lehrlinge die Gesellenprüfung vor dem Prüfungsausschusse der Handwerkskammer abzulegen.

7. Da die Zwangsinnung in einer engeren Verbindung zu den Behörden steht und als die gesetzliche Vertretung eines ganzen Handwerkszweiges in einem bestimmten Bezirke anzusehen ist, wird der Staat ihr auch ein besonderes Interesse zuzuwenden haben und sie, eben weil sie sozusagen ein halbstaatliches Gebilde ist, nach allen Kräften fördern und unterstützen müssen; hiergegen muß seine Thätigkeit gegenüber den freien Innungen mehr oder weniger auf die gesetzlich vorgeschriebene Aufsicht beschränkt bleiben.

III. Innungsausschüsse.

1. Werden durch das neue Gesetz die bisherigen Innungsausschüsse aufgehoben?

Rein, sie bleiben mit ihren bisherigen Einrichtungen, soweit dieselben nach dem neuen Gesetze zulässig sind, bestehen, und es können auch neue Innungsausschüsse gebildet werden. Das Gesetz giebt ihnen nur neue Rechte.

2. Welche besonderen Bestimmungen enthält das Gesetz für die Innungsausschüsse?

Die Innungsausschüsse können

- a) durch das Herzogliche Staatsministerium mit Korporationsrechten ausgestattet werden, so daß sie Vermögen erwerben, vor Gericht klagen, Verbindlichkeiten eingehen können u. s. w.;
- b) Rechte und Pflichten der betheiligten Innungen übertragen erhalten, d. h. sie können z. B. Fachschulen und Fortbildungsschulen errichten, Schiedsgerichte einsetzen, einen Arbeitsnachweis einrichten, das Herbergswesen regeln.

3. Dürfen die Innungsausschüsse auch Einkaufsgenossenschaften und dergl. einrichten?

Wenn dem Innungsausschusse nur freie Innungen angehören, dürfen sie solche Einrichtungen treffen, gehören

ihnen aber auch Zwangsinnungen an, so ist ihnen dies nicht gestattet, weil es ja den Zwangsinnungen ebenfalls untersagt ist, wirtschaftliche Unternehmungen ihrerseits zu übernehmen; fördern und unterstützen dürfen sie aber solche Einrichtungen.

4. Dürfen die Innungsausschüsse Unterstützungskassen, wie z. B. Krankenkassen, Sterbekassen, Wittwenkassen errichten?

Innungs-Krankenkassen können sie nicht errichten, diese sind ausdrücklich den Innungen vorbehalten, sonstige Unterstützungskassen können sie dagegen errichten; wenn sie aber neben den freien Innungen auch Zwangsinnungen zu Mitgliedern zählen, dürfen sie für solche Unterstützungskassen keinen Beitrittszwang aussprechen, da dies die Zwangsinnungen ja ebenfalls nicht dürfen.

5. Wie groß darf der Bezirk eines Innungsausschusses sein, können z. B. Innungen aus der Stadt Wolfenbüttel oder Helmstedt dem Innungsausschuß zu Braunschweig beitreten?

Das ist nicht gestattet. Ein Innungsausschuß darf nur solche Innungen aufnehmen, die in derselben Gemeinde wie der Innungsausschuß ihren Sitz haben.

6. Müssen die Innungsausschüsse nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes sich wieder von Neuem bilden oder können sie einfach fortarbeiten?

Sie bleiben bestehen, wie sie sind. Die Innungen brauchen nicht noch einmal gefragt werden, ob sie im Ausschusse verbleiben wollen.

7. Wenn aber eine dem Innungsausschusse angehörige Innung in eine Zwangsinnung verwandelt wird, ist dann nicht eine erneute Beschlußfassung der umgewandelten Innung nothwendig?

Nothwendig ist eine solche Beschlußfassung nicht, es müßte denn sein, daß die neue Zwangsinnung den Wunsch hat, aus dem Innungsausschuß auszutreten. Hierzu bedarf es allerdings eines besonderen Beschlusses. Wenn die Zwangsinnung keine andere Erklärung abgibt, wird sie ohne Weiteres Mitglied des Innungsausschusses, dem die frühere Innung angehört hatte, mit allen Rechten und Verbindlichkeiten.

8. Können die Innungsausschüsse im Uebrigen ganz selbständig wirken?

Sie sind, ebenso wie die Innungen, verpflichtet, den gesetzmäßigen Anordnungen der Handwerkskammer Folge zu leisten, außerdem unterstehen sie der Aufsichtsbehörde, die darüber zu wachen hat, daß sie keine ungesetzlichen Beschlüsse fassen.

9. Was geschieht, wenn der Innungsausschuß gleichwohl ungesetzlich handelt?

Er wird dann durch die Herzogliche Kreisdirection geschlossen, die Betheiligten haben aber das Recht, bei dem Herzoglichen Staatsministerium Beschwerde zu erheben, wenn sie meinen, daß die Schließung zu Unrecht erfolgt ist.

10. Kann eine Innung, welche dem Innungsausschusse angehört, jeder Zeit aus demselben ausscheiden?

Der Austritt kann nur mit Ablauf des Rechnungsjahres erfolgen, und zwar muß der Austritt mindestens drei Monate vorher dem Vorstande angezeigt sein.

IV. Die Handwerkskammer.

1. Welchen Zweck hat die Handwerkskammer?

Die Handwerkskammer ist für das Handwerk dasselbe, was für den Handel die Handelskammer ist. Sie wird aus Handwerkern gebildet, welche aus dem ganzen Herzogthum gewählt sind, und ist damit die oberste Vertretung des Handwerks im ganzen Lande.

Die Handwerkskammer steht zwischen den Innungen und den Behörden gleichsam als Vermittlerin, sie unterstützt die Innungen wie die Behörden mit Rath und That in allen Fragen des Handwerks. In Fragen des Lehrlingswesens, der Gesellenprüfungen, der Meisterprüfungen u. s. w. haben sich die Innungen und die Handwerker überhaupt nach den Anweisungen der Handwerkskammer zu richten. Andererseits sind die Behörden verpflichtet, in allen das Handwerk betreffenden wichtigen Fragen die Handwerkskammer zu hören.

2. Wann wird die Handwerkskammer eingerichtet?

Wahrscheinlich im Frühjahr nächsten Jahres, wenn erst die Innungs-Organisation durchgeführt ist.

3. Wie wird die Handwerkskammer gebildet?

Das Herzogliche Staatsministerium stellt zunächst ein Statut für die Handwerkskammer auf, das unter Anderem bestimmt, aus wie vielen Mitgliedern die Handwerkskammer bestehen soll und wie diese von den Handwerkern zu wählen sind. So viel läßt sich schon heute voraussagen, daß in der Handwerkskammer möglichst alle größeren Handwerkszweige vertreten sein werden. Ist das Statut erlassen, so haben alle neu eingerichteten Innungen im Lande und solche Gewerbevereine, welche als Handwerkervereine gelten können, nach den Bestimmungen des Statuts die Mitglieder der Handwerkskammer und gleichzeitig auch Stellvertreter für dieselben zu wählen.

4. Auf wie lange werden die Mitglieder und deren Ersatzmänner gewählt?

Auf sechs Jahre; alle drei Jahre scheidet die Hälfte aus.

5. Kann jeder Handwerker gewählt werden?

Nein, nur solche, die mindestens dreißig Jahre alt sind, im Braunschweigischen seit mindestens drei Jahren selbständig ihr Handwerk betreiben und die Befugniß zur Anleitung von Lehrlingen besitzen (diese Befugniß kommt nach dem neuen Gesetz in der Hauptsache nur solchen Handwerkern zu, die ihr Handwerk in einer ordnungsmäßigen Lehrzeit erlernt oder dasselbe fünf Jahre hindurch persönlich und selbständig ausgeübt haben). Selbstverständlich muß ein Mitglied im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sein, es darf nicht wegen Verbrechens oder Vergehens angeklagt oder in der Verfügung über sein Vermögen gerichtlich beschränkt sein.

6. Können auch ehemalige Handwerker gewählt werden?

An sich ist dies nicht zulässig, die Mitglieder müssen ihr Handwerk noch selbständig betreiben, sonst sind sie nicht

wählbar, dagegen kann die Handwerkskammer, wenn sie dies will, eine beschränkte Anzahl Handwerker (höchstens $\frac{1}{5}$ der Mitglieder) ihrerseits in die Kammer hinzuwählen, die Wahl dieser Personen ist ganz in ihr Belieben gestellt. Auf diesem Wege können auch ehemalige Handwerker, Fabrikanten, Techniker u. s. w. in die Handwerkskammer aufgenommen werden.

7. Erhalten die Mitglieder der Handwerkskammer eine Entschädigung für ihr Amt und für die mit den Reisen u. s. w. verbundenen Kosten?

Das Amt der Handwerkskammer-Mitglieder ist ein Ehrenamt, eine Besoldung ist mit demselben nicht verbunden, doch wird voraussichtlich im Statut eine Bestimmung getroffen werden, wonach den Mitgliedern Ersatz für Auslagen und Entschädigung für Zeitversäumnis gewährt wird.

8. Wer leitet die Handwerkskammer und führt die Geschäfte derselben?

Der von den Mitgliedern der Handwerkskammer aus ihrer Mitte selbst gewählte Vorstand leitet die Handwerkskammer. Für die Geschäftsführung stellt die Handwerkskammer einen Sekretär an, den sie selbst wählt und entsprechend besoldet.

9. Womit hat sich die Handwerkskammer in der Hauptsache zu beschäftigen?

Was Alles die Handwerkskammer späterhin in den Bereich ihrer Wirksamkeit ziehen will und wird, das läßt sich im Voraus nicht sagen. Das Gesetz hat ihr das Recht und die Pflicht zugetheilt, Alles, was irgendwie zur Hebung des Handwerks erforderlich ist, anzuregen und event. auch selbst

durchzuführen. Unter allen Umständen muß die Handwerkskammer Sorge tragen:

- a) für eine gründliche Regelung des Lehrlingswesens in sämtlichen Handwerkszweigen des Landes. Sie hat auch die Pflicht, die für das Lehrlingswesen von ihr oder den Innungen getroffenen Bestimmungen gewissenhaft und streng zu überwachen.
- b) Sie hat ferner die Pflicht, Wünsche und Anträge, welche von Innungen oder Handwerkern an sie gerichtet werden, zu berathen, und wenn sie dieselben für berechtigt und zweckdienlich hält, auch den Behörden mit entsprechender Befürwortung vorzulegen.
- c) Sie hat Prüfungsordnungen für die Gesellen- und Meisterprüfungen aufzustellen, die Prüfungsausschüsse einzusetzen (oder jedenfalls die Vorsitzenden der Prüfungsausschüsse zu ernennen), Beschlüsse der Prüfungsausschüsse, wenn sie angefochten werden, zu entscheiden, u. A.

Außerdem ist die Handwerkskammer befugt, Alles, was irgendwie zur Hebung des Handwerkerstandes nöthig oder nützlich ist, anzuregen und auch selbst auszuführen, z. B. Fachschulen, Ausstellungen, Muster sammlungen, Arbeitsnachweise, Herbergen u. A.

10. Sind die Innungen der Handwerkskammer unterstellt? Müssen sie die Anordnungen derselben befolgen?

In gewissem Maße ja, nämlich soweit dies im Gesetz ausdrücklich vorgesehen ist. Wenn z. B. die Handwerkskammer bestimmt, daß künftig die Lehrlinge, welche nicht beim Meister wohnen, strenger überwacht werden müssen, namentlich hinsichtlich ihrer Logis, so haben die Innungs-Handwerker einer solchen Anordnung Folge zu geben.

Auch die Innungsausschüsse haben den von der Handwerkskammer innerhalb ihrer Zuständigkeit erlassenen Anordnungen Folge zu leisten.

11. Welche Mittel hat die Handwerkskammer, ihren Willen durchzusetzen?

Die Handwerkskammer ist befugt, Zuwiderhandlungen gegen die von ihr erlassenen Vorschriften mit Geldstrafen bis zu 20 Mk. zu bestrafen. Sie wird in einem solchen Falle einfach einen kurz begründeten Strafantrag an den Magistrat oder Gemeindevorsteher des Ortes richten, in dem der Schuldige wohnhaft ist, und der Letztere wird dann von Amtswegen bestraft.

Selbstverständlich kann die Handwerkskammer nicht alle möglichen Anordnungen treffen, es ist im Gesetz genau angegeben, wieweit ihre Befugnisse in dieser Hinsicht reichen. Außerdem kann Jeder, der sich zu Unrecht bestraft glaubt, Beschwerde bei der dem Magistrat bzw. Gemeindevorsteher vorgesetzten Kreisdirection erheben.

12. Kann die Handwerkskammer übersehen, ob ihre Anordnungen auch wirklich im ganzen Lande befolgt werden?

Die Handwerkskammer kann zur Ueberwachung ihrer Anordnungen „Beauftragte“ anstellen, die in ihrem Auftrage, wenn es erforderlich ist, auch selbst Strafanträge stellen können.

13. Wer bezahlt die Kosten für die Handwerkskammer?

Die Handwerkskammer kann zunächst für die Benutzung der von ihr getroffenen Einrichtungen (Fachschulen, Herbergen, Arbeitsnachweise und dergl.) Gebühren erheben. Außerdem fließen ihr die Gebühren zu, welche sie für die Meisterprüfungen angelegt hat. Soweit sie daneben auch Gesellenprüfungen ihrerseits vornehmen läßt (für Gewerbe, welche keine eigenen Innungen haben), fließen die dafür zu entrichtenden Gebühren ebenfalls in ihre Kasse.

Die durch die Gebühren-Einnahmen nicht gedeckten Kosten der Handwerkskammer sind von den Handwerkern durch Vermittelung der Gemeinden aufzubringen. Das Nähere darüber wird seiner Zeit das Herzogliche Staatsministerium bestimmen.

- 14. Kann die Handwerkskammer, wenn sie so weitgehende Rechte hat, über ihre Mittel ganz frei verfügen?**

Nein, sie ist in allen ihren Maßnahmen der unmittelbaren Aufsicht des Staates unterstellt. Sie hat ihren jährlichen Haushaltsplan vorher dem Staatsministerium zur Genehmigung einzureichen, und außerdem ernennt das Staatsministerium einen besonderen Kommissar, der bei allen Berathungen und Beschließungen der Handwerkskammer mit zugegen sein und dafür sorgen muß, daß die Handwerkskammer ihre Befugnisse nicht überschreitet und ebensowenig den Handwerkern zu große Opfer auferlegt.

- 15. Wo hält die Handwerkskammer ihre Sitzungen ab?**

Das bleibt ihr überlassen, sie wird sich die nöthigen Räumlichkeiten für ihre Bureaus, ihre Sitzungen u. s. w. nach ihrem Ermessen zu beschaffen haben; da sie Korporationsrechte besitzt, kann sie an sich auch Eigenthum erwerben.

- 16. Wirkt bei der Handwerkskammer ebenso wie bei den Zünften auch ein Gesellen-ausschuß mit?**

Ja. Derselbe wird durch schriftliche Wahl von sämtlichen Zünfts-Gesellenausschüssen des Landes gewählt. Das Nähere wird im Statut der Handwerkskammer bestimmt.

17. Auf wie lange werden die Mitglieder des Gesellenauschusses gewählt?

Auf sechs Jahre; alle drei Jahre scheidet die Hälfte aus.

18. Kann jeder Geselle oder Gehilfe zum Mitgliede des Handwerkskammer = Gesellenauschusses gewählt werden?

Nur solche Gesellen und Gehilfen sind wählbar, welche volljährig (21 Jahr alt), im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte und in der Verfügung über ihr Vermögen nicht gerichtlich beschränkt sind; auch dürfen sie nicht wegen Verbrechens oder Vergehens angeklagt sein.

19. Was hat der Gesellenauschuß zu thun?

Der Gesellenauschuß muß von der Handwerkskammer bei der Behandlung bestimmter Fragen mit eingeladen werden, nämlich:

1. wenn Vorschriften berathen werden, welche die Regelung des Lehrlingswesens betreffen;
2. wenn die Handwerkskammer Gutachten oder Berichte zu erstatten hat, welche die Verhältnisse der Gesellen und Lehrlinge betreffen;
3. wenn gegen die Entscheidungen der Gesellen-Prüfungskommissionen Beschwerde erhoben wird;
4. wenn es sich um Einrichtungen handelt, für welche die Gesellen Beiträge zu leisten oder irgend welche Arbeit zu übernehmen haben, oder um Einrichtungen, welche zu ihrer Unterstützung bestimmt sind.

In diesen vier Fällen muß die Handwerkskammer den Gesellenauschuß mit zur Berathung heranziehen. Die Gesellen haben bei der Abstimmung über diese Fragen auch das gleiche Stimmrecht wie die Mitglieder der Handwerkskammer. In dem unter 2 genannten Falle können die Gesellen, wenn sie Werth darauf legen, neben dem von der Handwerkskammer

erstatteten Gutachten auch ihrerseits selbst einen Bericht aufsetzen und einreichen.

20. Wenn nun solche Fragen nicht in der Versammlung der Handwerkskammer, sondern nur im Vorstande berathen werden, muß dann der ganze Gesellenausschuß ebenfalls eingeladen werden?

Nein, in diesem Falle genügt es, wenn zu der Vorstandssitzung der Handwerkskammer wenigstens ein Mitglied des Gesellenausschusses mit hinzugezogen wird, das natürlich vom Gesellenausschuß selbst zu entsenden ist.

21. Erhalten die Mitglieder des Gesellenausschusses eine Entschädigung für die Zeitverräumnis und für die ihnen aus Reisen u. s. w. erwachsenden Kosten?

Das wird das Statut der Handwerkskammer bestimmen; eine Entschädigung wird wohl zu erwarten sein.

22. Was geschieht, wenn einzelne Gesellen sich weigern, in der Handwerkskammer mit zu berathen, obwohl sie in den Gesellenausschuß der Handwerkskammer gewählt sind?

So können sie von der Behörde unter Androhung von Strafen angehalten werden, ihr Amt zu versehen. Uebrigens sind für die Mitglieder Ersatzmänner zu wählen, so daß, wenn einzelne Mitglieder wirklich einmal verhindert sein sollten, an deren Stelle die Ersatzmänner eintreten.

V. Innungsverbände.

1. Welchen Zweck haben die Innungsverbände?

Während die einzelnen Innungen sich mehr oder weniger darauf beschränken, das Handwerk eines engeren Bezirkes zu fördern, stellen die Innungsverbände dadurch, daß sie eine Anzahl Fachinnungen aus verschiedenen Orten in sich vereinen, eine Art Fachvereinigung dar, die sich über einen größeren Bezirk, über einen ganzen Bundesstaat, ja über das ganze Reich erstrecken kann. Ein solcher Fach-Innungsverband kann mit weit größerem Nachdruck als die einzelnen Fachinnungen Fragen, welche das betreffende Handwerk angehen, behandeln.

2. Können nur Innungen dem Innungsverbande angehören?

Das war bisher der Fall, künftig können aber, wenn dies im Statut des Innungsverbandes vorgesehen ist, auch einzelne Handwerker dem Innungsverbande beitreten.

3. Worin bestehen die hauptsächlichsten Aufgaben des Innungsverbandes?

Der Innungsverband gilt für den betreffenden Bezirk als die fachliche Gesamtvertretung des bestimmten Gewerbes. Er unterstützt in dieser Eigenschaft die Innungen,

Innungsausschüsse und Handwerkskammern in der Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben, stellt Anträge an die Behörden, giebt Anregungen und hat außerdem noch die Befugniß, den Arbeitsnachweis in dem gesammten Handwerkszweige zu regeln.

4. Können die Innungsverbände auch das Lehrlingswesen ihres Gewerbes regeln?

Hierzu sind sie nicht berechtigt, weil dies Sache der Handwerkskammer und der Innungen ist, sie können aber Anregungen zu einer solchen Regelung geben.

5. Können die Innungsverbände auch Fachschulen und Unterstützungskassen errichten?

Nur, wenn ihnen vom Herzoglichen Staatsministerium auf ihren Antrag Korporationsrechte, d. h. das Recht, „unter ihrem Namen Rechte zu erwerben, Verbindlichkeiten einzugehen und vor Gericht zu klagen“, verliehen sind.

Innungs-Krankenkassen für Gesellen und Lehrlinge kann der Innungsverband nicht einrichten, dagegen Unterstützungskassen für Innungsmitglieder und deren Angehörige, Sterbekassen und dergl. aber ohne irgend welchen Beitrittszwang.

6. Können die Innungsverbände auch gemeinsame Geschäftsbetriebe, z. B. gemeinsame Einkaufs- und Verkaufsstellen einrichten?

Nur, wenn sie Korporationsrechte besitzen und keine Zwangsinnungen zu Mitgliedern haben.

7. Wie ist es mit den Unterverbänden, haben diese besondere Rechte und Pflichten?

Ueber die Unterverbände ist im Gesetz nichts Besonderes gesagt. Da die Unterverbände als solche keine Korporationsrechte erwerben können, haben sie nicht auch das Recht, Unterstützungskassen und dergl. zu errichten. Sie gelten nur als Theile des Hauptverbandes. Ihre ganze Stellung, ihre Rechte und Pflichten, werden durch das Statut des Hauptverbandes bestimmt.

8. Wie ist ein Innungsverband zu bilden, welcher sich über das ganze Herzogthum erstrecken soll?

Innungen, welche sich zu einem Verbande zusammenschließen wollen, schicken Vertreter zu einer Konferenz, in welcher ein gemeinsames Statut berathen wird. Das Statut wird dem Herzoglichen Staatsministerium zur Genehmigung eingereicht. Wenn es genehmigt ist, wählen die betheiligten Innungen aus ihren Mitgliedern einen Vorstand, der nun die Geschäfte des Verbandes leitet.

9. Welche Pflichten würde ein solcher Innungsverband haben?

Das richtet sich danach, ob dem Innungsverband die Korporationsrechte verliehen worden sind oder nicht, hat er Korporationsrechte, so hat er mit den größeren Rechten auch größere Pflichten. Im Allgemeinen würde der Innungsverband folgende Verpflichtungen haben: Der Vorstand müßte jährlich (im Laufe des Januar) ein Verzeichniß der Verbandsinnungen der vorgesetzten Behörde einreichen und diese Behörde auch sonst regelmäßig über die Organi-

sation und die Wirksamkeit des Verbandes im Laufenden zu halten haben. Die vorgesetzte Behörde hat auch das Recht, einen Vertreter zu den Versammlungen des Innungsverbandes zu entsenden.

Auf Erfordern müßte der Verband sich zu den ihm behördlicherseits vorgelegten Fragen gutachtlich äußern, wogegen er allerdings auch das Recht beanspruchen könnte, in allen sein Gewerbe berührenden wichtigeren Fragen von den Behörden zur Äußerung und Mitwirkung herangezogen zu werden.

10. Welche besonderen Pflichten haben die mit Korporationsrechten ausgestatteten Innungsverbände?

Sie unterstehen der Aufsicht der Herzoglichen Kreisdirection, welche darüber zu wachen hat, daß der Innungsverband genau nach den Bestimmungen des Gesetzes und seiner Statuten arbeitet. Der Herzoglichen Kreisdirection würde in diesem Falle jährlich ein Rechnungsabschluß nebst Vermögensabschluß vorzulegen sein. Bei Streitigkeiten über Aufnahme und Ausschluß von Verbandsmitgliedern, über die Entrichtung der Beiträge, über die Wahlen zu den Verbandsämtern u. s. w. entscheidet ebenfalls die Herzogliche Kreisdirection.

11. Kann ein Innungsverband aufgelöst oder geschlossen werden?

Das Gesetz unterscheidet zwischen Auflösung und Schließung, die Auflösung geschieht durch den Verband selbst, die Schließung durch die Aufsichtsbehörde. Die Schließung des Innungsverbandes kann verfügt werden, wenn der Verbandsvorstand gesetzwidrig handelt, die freiwillige Auflösung erfolgt nach den Bestimmungen des Statuts.

12. Was geschieht mit den von dem Innungsverbande eingerichteten Unterrichtsanstalten, Unterstützungskassen u. s. w., wenn der Innungsverband aufgelöst oder geschlossen wird?

Das Vermögen des Verbandes wird unter die dem Verbande zur Zeit der Auflösung angehörenden Innungen vertheilt. Die vom Verband geschaffenen Einrichtungen und Unterstützungskassen werden event. durch Verleihung von Korporationsrechten selbständig gemacht und weitergeführt.

13. Müssen, wenn das Gesetz in Kraft tritt, die dem Innungsverbande angehörenden Innungen aufs Neue ihren Beitritt erklären?

Nein, wenn und solange die Innungen nichts anderes beschließen, bleiben sie im Verbande, auch wenn sie sich inzwischen in Zwangsinnungen umgewandelt haben.

VI. Regelung des Lehrlingswesens.

A. Bestimmungen, welche nicht nur für Handwerker, sondern für Gewerbetreibende überhaupt gelten.

1. Worin bestehen in der Hauptsache die Neuerungen, welche dieser Abschnitt bringt?

Kurz gesagt in Folgendem:

- a) Das Halten und Anlernen von Lehrlingen ist künftig Personen, die dafür ungeeignet sind, nicht mehr gestattet;
- b) für den Lehrvertrag ist eine besondere Form vorge-
sehen;
- c) die Pflichten des Lehrherrn gegenüber seinem Lehrling
sind verschärft;
- d) der Lehrlingszüchtereier wird nachdrücklich entgegen-
getreten.

2. Wer darf künftig keine Lehrlinge mehr halten?

Es muß hierbei das „Lehrlinge-Halten“ und das „Lehrlinge-Anleiten“ unterschieden werden. Handwerker-Lehrlinge anleiten, d. h. anlernen, darf nur der Handwerker selbst. Das Halten von Lehrlingen überhaupt ist künftig allen solchen Personen untersagt, welche:

- a) nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind;

- b) sich wiederholt grober Pflichtverletzungen gegen ihre Lehrlinge schuldig gemacht haben;
- c) wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen außer Stande sind, Lehrlinge gehörig auszubilden;
- d) in sittlicher Beziehung zum Halten von Lehrlingen ungeeignet erscheinen.

3. Wer entscheidet darüber, ob ein Gewerbetreibender Lehrlinge halten darf oder nicht?

In den Städten der Stadtmagistrat, auf dem Lande die Herzogliche Kreisdirektion. Diese Behörden haben das Recht, solchen Personen, die nach dem Gesetze ungeeignet sind, Lehrlinge zu beschäftigen, das Lehrlingshalten zu verbieten. (Die Lehrerren können gegen dieses Verbot Klage beim Verwaltungsgerichtshof erheben.) Beschäftigen diese Personen dennoch Lehrlinge weiter, so werden sie bestraft.

4. Darf ein Gewerbetreibender, dem auf diese Weise das Recht, Lehrlinge zu halten, von Amtswegen entzogen ist, nie wieder Lehrlinge annehmen?

Das hängt von den Umständen ab. Die Herzogliche Kreisdirektion kann, wenn sie es für gut findet, einem solchen Gewerbetreibenden nach Ablauf eines Jahres die Befugniß wieder einräumen.

5. Müssen Gewerbetreibende, welche nach dem Handwerksgezet künftig keine Lehrlinge mehr halten dürfen, ihre Lehrlinge sofort nach Inkrafttreten des Gesetzes entlassen?

Nein, es ist ihnen noch erlaubt, ihre Lehrlinge auszulernen.

6. Muß ein Gewerbetreibender, welcher einen Lehrling annehmen will, mit diesem einen festen Lehrvertrag abschließen?

Ja, dies ist ausdrücklich vorgeschrieben, der Lehrvertrag muß binnen vier Wochen nach Beginn der Lehrzeit abgeschlossen werden. In dem Lehrvertrage muß u. A. gesagt sein, wie lange die Lehrzeit dauern soll, ob dem Lehrling Kost, Verpflegung u. s. w. zusteht, ob er Lehrgeld zu zahlen hat, unter welchen Voraussetzungen der Lehrvertrag vor der Zeit als gelöst anzusehen ist. Uebrigens muß der Lehrvertrag schriftlich aufgestellt und vom Lehrherrn und dem Lehrling unterschrieben werden. Ein Exemplar des Lehrvertrages bekommt der Vater oder Vormund des Lehrlings. Wenn die Ortspolizeibehörde es verlangt, muß ihr der Lehrvertrag vorgelegt werden.

7. Erwachsen aus dem Lehrvertrage besondere Kosten?

Nein, der Lehrvertrag ist kosten- und stempelfrei, ebenso wie das Lehrzeugniß und das Prüfungszeugniß.

8. Kann auch künftig eine Probezeit ausgemacht werden?

Ja, aber die Probezeit darf nicht auf länger als auf drei Monate angesetzt werden. Ist keine längere Frist vereinbart, so kann der Lehrherr wie der Lehrling innerhalb der ersten vier Wochen vom Vertrage zurücktreten.

9. Kann der Lehrling (nach Ablauf der Probezeit) künftig nicht mehr vor Beendigung seiner Lehrzeit entlassen werden oder aus der Lehre austreten?

Doch, in dieser Beziehung bleibt es ganz wie bisher. Es sind in § 123 der Gewerbeordnung die Punkte genau

angeführt, welche dem Lehrherrn das Recht geben, seinen Lehrling vor der Zeit zu entlassen. Im § 124 der Gewerbeordnung sind andererseits die Voraussetzungen aufgezählt, unter denen der Lehrling seinerseits ohne Weiteres aus der Lehre austreten darf.

Neu ist die Bestimmung, daß der Lehrling künftig auch dann ohne Weiteres entlassen werden kann, wenn er

- a) wiederholt die Pflichten gegen seinen Lehrherrn verletzt und wenn er
- b) im Besuche der Fortbildungs- oder Fachschule nachlässig ist.

10. Wie ist es, wenn der Lehrherr stirbt, muß der Lehrling dann noch bei der Wittwe oder dem Geschäftsnachfolger bleiben?

Dazu ist er nicht verpflichtet, er muß dann aber binnen vier Wochen seinen Austritt aus der Lehre erklären, sonst muß er bis zum Ablauf der Lehre bleiben.

11. Welche Pflichten übernimmt der Lehrherr mit dem Abschluß des Lehrvertrages?

Er muß den Lehrling:

- a) in allen bei seinem Betriebe vorkommenden Arbeiten so unterweisen, daß er darin gründlich ausgebildet wird;
- b) ihn zum Besuche der Fortbildungs- und Fachschule anhalten und den Schulbesuch überwachen;
- c) er muß ihn, und zwar nicht nur während er bei ihm arbeitet, in seiner ganzen Lebenshaltung beaufsichtigen und Sorge tragen, daß er ein ordentlicher Mensch bleibt;
- d) er darf ihn nicht über das Maß anstrengen und muß ihn gegen Mißhandlungen und Roheiten der Gesellen zc. schützen;

- e) er darf ihm nicht die zum Gottesdienste und zu seiner Ausbildung erforderliche Zeit entziehen.

12. Darf der Lehrherr den Lehrling auch zu häuslichen Arbeiten verwenden?

Ja, aber nicht solche Lehrlinge, die im Hause des Lehrherrn weder Kost noch Wohnung haben.

13. Darf der Lehrherr den Lehrling züchtigen?

Nur in solchen Fällen, in denen dies unbedingt geboten ist; die Züchtigung darf aber keine zu grobe sein, da „übermäßige und unanständige Züchtigungen, sowie jede die Gesundheit des Lehrlings gefährdende Behandlung“ durch das Gesetz verboten sind.

14. Welche Pflichten übernimmt der Lehrling?

Der Lehrling ist ausdrücklich der väterlichen Zucht des Lehrherrn unterworfen, d. h. der Lehrherr hat das Recht, seinen Lehrling in jeder Beziehung zu beaufsichtigen und ihn zum Rechten anzuhalten. Er kann ihm den Besuch von Wirthshäusern untersagen, ihm schlechten Umgang verbieten u. s. w. Der Lehrling hat allen solchen Anweisungen seines Lehrherrn willig Folge zu leisten, sonst kann ihn sein Lehrherr bei wiederholtem Ungehorsam sofort entlassen.

15. Muß der Lehrherr dem Lehrling ein Lehrzeugniß ausstellen (bezw. seinen Lehrbrief von der Zunft ausfertigen lassen)?

Er ist hierzu wie bisher verpflichtet, auch wenn der Lehrling vor Ablauf der Lehre austritt. Nur wenn der Lehrling widerrechtlich fortläuft, braucht er ihm kein Zeugniß zu geben.

16. Kann der Lehrherr seinen Lehrling, wenn er widerrechtlich fortläuft, durch die Polizeibehörde wieder holen lassen?

Dazu ist er berechtigt, aber nur, wenn der Lehrvertrag schriftlich abgeschlossen war. Der Lehrherr muß dann aber sofort, spätestens in acht Tagen, einen solchen Antrag an die Polizeibehörde stellen.

17. Darf der Lehrling, wenn er in einen anderen Beruf übertreten will, ohne Weiteres aus der Lehre gehen?

Nur, wenn sein Vater oder Vormund schriftlich erklärt, daß dieser Uebertritt in einen anderen Beruf thatsächlich erfolgen soll. Auch dann darf der Lehrling erst nach vier Wochen fortgehen. Sein Lehrherr muß in solchem Falle in seinem Arbeitsbuche (das ja alle Lehrlinge unter 21 Jahren haben müssen) vermerken, weshalb der Lehrling vor der Zeit entlassen ist. Auch hat er das Recht, eine Entschädigung für das frühere Fortgehen zu verlangen, wie der Lehrling seinerseits eine Entschädigung beanspruchen kann, wenn er in Folge Verschuldens des Lehrherrn seine Lehre aufzugeben genöthigt ist.

Binnen neun Monaten nach dem Austritt des Lehrlings darf dann der Lehrling von keinem anderen Arbeitgeber ohne Zustimmung seines früheren Lehrherrn in demselben Gewerbe beschäftigt werden.

18. Welche Entschädigung kann der Lehrherr fordern?

Das kommt auf die Vereinbarung an; wenn sich beide Theile nicht einigen, entscheidet das Gericht (Gewerbegericht, Innungs-Schiedsgericht oder der Gemeindevorsteher).

19. Kann der Lehrherr auch eine Entschädigung verlangen, wenn ihm sein Lehrling unbefugt fortbleibt?

Ja, und zwar wenn nichts anderes ausgemacht ist, für jeden Tag (aber höchstens für sechs Monate) die Hälfte des für die Gesellen ortsüblich gezahlten Lohnes.

20. Wie viele Lehrlinge darf der Lehrherr einstellen?

Das ist im Gesetz nicht allgemein bestimmt, darüber können noch besondere Bestimmungen erlassen werden. Jedenfalls hat die Behörde das Recht, solchen Lehrherren, die unverhältnißmäßig viele Lehrlinge beschäftigen, aufzugeben, einen Theil derselben bei Strafe unverzüglich zu entlassen.

B. Bestimmungen, welche nur für Handwerker gelten.

1. Wer darf künftig noch Handwerkslehrlinge ausbilden?

Nur solche Personen, die:

- a) 24 Jahre alt sind und die
- b) entweder die für das Handwerk vorgeschriebene Lehrzeit (vorläufig drei Jahre) durchgemacht und die Gesellenprüfung bestanden haben, oder aber fünf Jahre hindurch persönlich und selbständig das betreffende Handwerk ausgeübt haben oder als Werkmeister u. in demselben thätig gewesen sind.

Selbstverständlich müssen solche Personen überhaupt berechtigt sein, Lehrlinge halten zu dürfen (wie dies im Abschnitt A Nr. 2 näher ausgeführt ist).

2. Angenommen, ein Schuhmacherlehrling ist jetzt von seinem Lehrherrn nur zu einer zweijährigen Lehrzeit verpflichtet, darf er dann später, wenn er einmal Meister wird, nur deshalb fünf Jahre lang keine Lehrlinge ausbilden, weil diese Lehrzeit als zu kurz gilt?

Es kommt darauf an, wie alt er sein wird, wenn das Gesetz in Kraft tritt. Ist er schon 17 Jahre alt und darüber, so werden ihm die zwei Jahre als ausreichende Lehrzeit angerechnet; ist er noch nicht 17 Jahre alt, so ist dies nicht der Fall. Man nimmt eben an, daß der Lehrling, wenn er beim Inkrafttreten des Gesetzes noch nicht 17 Jahre alt ist, noch sehr wohl seine drei Lehrjahre voll durchmachen kann.

Personen, die nicht einmal eine zweijährige Lehrzeit durchgemacht haben, können in den ersten fünf Jahren ihrer Selbständigkeit keine Lehrlinge anlernen.

Uebrigens hat das Gesetz auch in diesen Fällen der Herzoglichen Kreisdirektion das Recht gegeben, unter besonderen Voraussetzungen derartigen Personen doch noch die Befugniß zur Anleitung von Lehrlingen zu verleihen.

3. Wie ist es in folgendem Falle: Ein tüchtiger Handwerksgefelle hatte früher das Zimmererhandwerk erlernt, sich danach aber vollständig in die Tischlerei hineingearbeitet, so daß er seinem Meister als bester Gefelle gilt. Dieser Gefelle will nach dem Tode seines Meisters dessen Tischlerei übernehmen, darf derselbe nun fünf Jahre lang keine Lehrlinge einstellen?

Für solche und ähnliche Fälle hat das Gesetz Vor-
sorge getroffen, indem die Herzogliche Kreisdirektion aus-

nahmsweise solchen Personen die Befugniß zum Erlernen von Lehrlingen erteilen darf. Das Gesetz will eben nicht tüchtigen Handwerkern Erschwerungen bereiten, sondern nur nach Möglichkeit Pfuscher vom Handwerk fernhalten.

4. Kann ein Handwerkslehrling nur in einem Handwerksbetriebe ausgebildet werden?

Nein, auch in einem dem Gewerbe angehörenden Großbetriebe oder in einer Lehrwerkstatt kann er sich das Lehrzeugniß erwerben.

5. Angenommen, ein gelernter Zimmerer betreibt neben seiner Zimmerei noch eine Tischlerei, darf er dann nur in der Zimmerei Lehrlinge beschäftigen?

Nein, auch in der Tischlerei. — „Der Unternehmer eines Betriebes, in welchem mehrere Gewerbe vereinigt sind, ist befugt, in allen zu dem Betriebe vereinigten Gewerben Lehrlinge anzuleiten, wenn er für eines dieser Gewerbe die Berechtigung hat.“

6. Angenommen, ein gelernter Möbeltischler ist allmählich zur Bautischlerei übergegangen, darf er dann auch Lehrlinge in der Bautischlerei anlernen?

Ja. — „Wer für einen gesondert betriebenen Zweig eines Gewerbes die Berechtigung hat, ist berechtigt, auch in den übrigen Zweigen dieses Gewerbes Lehrlinge anzuleiten.“

7. Wie muß der Lehrvertrag abgeschlossen werden?

Genau so wie dies in vorigem Abschnitt A unter Nr. 6 für die Gewerbetreibenden überhaupt ausgeführt ist. Für die Handwerker ist nur noch außerdem bestimmt, daß:

- a) Abschrift des Lehrvertrages binnen vierzehn Tagen bei der Innung einzureichen ist, wenn der Lehrherr einer Innung angehört, und daß
- b) der Abschluß des Lehrvertrages nach Bestimmung der Innung vor derselben zu erfolgen hat.

8. Wie lange wird künftig die Lehrzeit dauern?

In der Regel drei Jahre, keinesfalls über vier Jahre. Näheres wird noch später bestimmt werden. Besonders tüchtige Lehrlinge können durch Beschluß der Handwerkskammer in einzelnen Fällen auch eher freigesprochen werden.

9. Muß der Handwerkslehrling unbedingt eine Gesellenprüfung ablegen?

Das Gesetz bestimmt nur, „daß den Lehrlingen nach Ablauf ihrer Lehrzeit Gelegenheit zu geben ist, sich der Gesellenprüfung zu unterziehen“. Ein direkter Zwang ist also nicht ausgesprochen. Jedenfalls ist aber die Innung und der Lehrherr verpflichtet, den Lehrling anzuhalten, daß er die Prüfung ablegt. Der Lehrling, der dies trotzdem unterläßt, wird den großen Nachtheil haben, daß er, wenn er sich einmal selbständig macht, die ersten fünf Jahre hindurch keine Lehrlinge anlernen darf.

10. Wie findet die Gesellenprüfung statt?

Für jedes Handwerk werden Prüfungsausschüsse gebildet, die aus einem Vorsitzenden und mindestens zwei

Beisitzern bestehen. Der Vorsitzende wird von der Handwerkskammer, die Beisitzer zur Hälfte von der Innung, zur anderen Hälfte vom Gesellenausschuß und zwar immer auf drei Jahre bestellt.

(Wo für ein Handwerk eine Innung nicht besteht, wird der Prüfungsausschuß durch die Handwerkskammer gebildet.)

Der Lehrling reicht bei dem Prüfungsausschuß einen Antrag ein, in welchem er um Zulassung zur Prüfung bittet. Diesem Antrage ist das Lehrzeugniß des Lehrherrn, und wenn der Lehrling eine Fortbildungsschule oder Fachschule besucht hat, ein Schulzeugniß dieser Anstalt beizufügen.

Der Prüfungsausschuß hat das Ergebniß der Prüfung auf dem Lehrzeugniß zu beurkunden. Wird die Prüfung nicht bestanden, so muß der Lehrling binnen einer bestimmten Frist die Prüfung noch einmal ablegen.

11. Was muß der Lehrling in der Prüfung wissen?

Er muß den Nachweis erbringen, daß er die in seinem Handwerk gebräuchlichen Handgriffe und Fertigkeiten mit genügender Sicherheit ausübt und sowohl über den Werth, die Beschaffung, Aufbewahrung und Behandlung der zu verarbeitenden Materialien, als auch über die Kennzeichen ihrer guten oder schlechten Beschaffenheit ausreichend unterrichtet ist. Auch in der Buch- und Rechnungsführung muß er bewandert sein, wenn er Gelegenheit hatte, sich diese Kenntnisse auf einer Fortbildungs- oder Fachschule anzueignen. Alles Nähere wird durch eine vom Herzoglichen Staatsministerium zu erlassende Prüfungsordnung bestimmt.

VII. Der Meistertitel.

1. Welche Handwerker dürfen sich künftig noch „Meister“ in ihrem Handwerk (z. B. Schuhmachermeister, Tischlermeister u. s. w.) nennen?

Nur solche, welche für sich das Recht erworben haben, Lehrlinge auszubilden, und die außerdem noch die Meisterprüfung in ihrem Handwerke bestanden haben.

2. Wie wird das Recht, Lehrlinge auszubilden, erworben?

Das ist schon bei Abschnitt VI B unter Frage 1 ausgeführt. Wer Lehrlinge anlernen will, muß, kurz gesagt, 24 Jahre alt sein und entweder sein Handwerk ordnungsmäßig erlernt oder dasselbe persönlich mindestens 5 Jahre hindurch selbständig betrieben haben.

3. In welcher Weise wird die Meisterprüfung abgelegt?

Das Herzogliche Staatsministerium ernennt 5 dem betreffenden Gewerbe angehörende Handwerksmeister zu Prüfungskommissaren. Einer derselben ist Vorsitzender, die anderen 4 sind Beisitzer. Die Prüfungskommission tritt darauf zusammen, läßt den Handwerker, welcher die Meister-

prüfung ablegen will, vor, und nimmt die Prüfung nach der vom Staatsministerium aufgestellten Prüfungsordnung ab. Besteht der Handwerker die Prüfung, so wird ihm ein Meisterdiplom ausfertigt.

4. Was muß der Handwerker können und wissen, wenn er den Meistertitel erwerben will?

Er muß die in seinem Gewerbe vorkommenden gewöhnlichen Arbeiten selbständig ausführen und die Kosten berechnen können. Außerdem muß er die zum selbständigen Betriebe seines Handwerks nöthigen Kenntnisse, insbesondere auch die Buch- und Rechnungsführung, verstehen.

5. Hat der Handwerker für die Meisterprüfung etwas zu bezahlen?

Ja, er hat für die Prüfung eine Gebühr zu entrichten, welche in die Kasse der Handwerkskammer fließt.

6. Erhalten die Handwerker, welche als Prüfungskommissare die Meisterprüfung abnehmen, dafür eine Entschädigung?

Das wird noch des Näheren in der Meisterprüfungsordnung bestimmt werden.

7. Darf sich künftig außer denen, welche die Meisterprüfung abgelegt haben, Niemand mehr „Meister“ nennen?

Wenn sich Einer Meister nennen lassen will, so will ihm dies das Gesetz nicht verwehren, aber jedenfalls darf sich Niemand mehr „Meister in seinem Gewerbe“, also z. B. Schlächtermeister, Schuhmachermeister u. s. w. nennen, der nicht wirklich die Meisterprüfung bestanden hat.

8. Wenn sich nun trotzdem Handwerker so nennen?

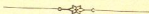
So werden sie mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. und im Unvermögensfalle mit Haft bestraft.

9. Müssen hiernach alle Handwerker, welche sich jetzt Meister nennen, erst noch nachträglich eine Meisterprüfung ablegen?

Nein, das Gesetz hat für die Uebergangszeit noch eine besondere Bestimmung getroffen. Hiernach dürfen solche Handwerker, welche beim Inkrafttreten des Gesetzes ihr Handwerk persönlich und selbständig ausüben, sich „Meister in Verbindung mit der Bezeichnung eines Handwerkes“, also z. B. Schlächtermeister, Schuhmachermeister u. s. w. nennen, wenn sie 24 Jahre alt sind und mindestens eine zweijährige Lehrzeit durchgemacht haben.

10. Wie ist es mit solchen Handwerkern, die ihr Handwerk ordnungsmäßig erlernt haben, aber beim Inkrafttreten des Gesetzes noch nicht 24 Jahre alt sind?

Wenn sie beim Inkrafttreten des Gesetzes bereits selbstständig sind, dürfen sie den ebenerwähnten Meistertitel führen, andernfalls müssen sie erst noch die Meisterprüfung ablegen.



KODAK GRAY SCALE



black	3-color	white	cyan	violet	magenta	primary red	yellow	green
-------	---------	-------	------	--------	---------	-------------	--------	-------

KODAK COLOR CONTROL PATCHES

These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.

